

 **Bundeskanzleramt**

[bundeskanzleramt.gv.at](http://bundeskanzleramt.gv.at)

Bundesministerin für  
Frauen, Familie, Integration und Medien

**MMag. Dr. Susanne Raab**  
Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration  
und Medien

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.224.851

Wien, am 17. Mai 2024

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Blimlinger, Kolleginnen und Kollegen haben am 20. März 2023 unter der Nr. **18130/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Angriffe auf Pressefreiheit bei FPÖ-Kundgebung“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 und 4:**

1. *Welche Maßnahmen setzt das Bundesministerium für Frauen, Familie, Integration und Medien im Bundeskanzleramt, um die Pressefreiheit auf Demonstrationen zu gewährleisten, nachdem Medienvertreterinnen und Medienvertreter schon des Öfteren von Rechtsextremen an ihrer Arbeit behindert oder angegriffen wurden?*
4. *Konnten die Personen, die an den Attacken auf das Kamerateam von Puls 24 beteiligt waren, einer (politischen) Gruppe zugeordnet werden?*
  - a. *Wenn ja, welcher?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht?*
  - c. *Wenn sie keiner Gruppe zugeordnet werden können, sind die Personen amtsbekannt?*

Die Beantwortung dieser Fragen fällt nicht in meinen Zuständigkeitsbereich. Ich darf daher betreffend Fragen der Sicherheit im Zusammenhang mit Versammlungen auf das Bundesministerium für Inneres und dessen Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage zu Nr. 18131/J vom 20. März 2024 verweisen.

**Zu den Fragen 2 und 3:**

5. *Gibt es Schutzprogramme für Journalistinnen und Journalisten und wenn ja, welche und wenn nein, warum nicht?*
6. *Welche Empfehlungen der Europäischen Kommission zum Schutz von Journalistinnen und Journalisten bei Demonstrationen (EMPFEHLUNG (EU) 2021/1534 DER KOMMISSION) werden durch das Bundesministerium für Frauen, Familie, Integration und Medien im Bundeskanzleramt umgesetzt?*
  - a. *Wenn ja welche, bitte um präzise Erklärung der Maßnahmen. Wenn nein, warum nicht und wann wird es diese geben?*

Im Lichte der Empfehlung (EU) 2021/1534 der Kommission zur Gewährleistung des Schutzes, der Sicherheit und der Handlungskompetenz von Journalistinnen und Journalisten sowie anderen Medienschaffenden in der Europäischen Union hat das Bundeskanzleramt einen Gesprächsprozess mit führenden Journalistinnen und Journalisten zentraler Medien (Print und TV) gestartet. Dabei soll eine Bestandsaufnahme durchgeführt werden, inwieweit in Österreich Bedarf besteht, weitere über die bereits in langjähriger Praxis geübten Maßnahmen hinausgehende Aktivitäten zu setzen. Überdies sollte in den nächsten Wochen auch der erste Umsetzungsbericht der Empfehlung von Seiten der Kommission mit Länderprofilen (somit auch zu Österreich) veröffentlicht werden.

MMag. Dr. Susanne Raab

